

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1882

4.5.1882 (No. 105)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 4. Mai.

№ 105.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Eindrucksgebühr: die gefaltene Zeitungs- oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1882.

Hof-Anzeige.

Wegen Ablebens Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm von Württemberg, geb. Prinzessin von Waldeck und Pyrmont, legt der Großherzogliche Hof von heute an die Trauer auf 10 Tage bis zum 11. Mai einschließlich nach der 4. Stufe der Trauerordnung an.
Karlsruhe, den 2. Mai 1882.

Großherzogliches Oberkammerherrn-Amt.
Freiherr von Gemmingen.

In Vertretung Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs haben Seine königliche Hoheit der Erbprinzessin unter'm 29. April d. J. gnädigst geruht, den Bibliothekar Dr. Wilhelm Schady an der Universitätsbibliothek Heidelberg, seinem unterthänigsten Ansuchen entsprechend, auf den 1. Mai 1882 aus dem Großherzoglichen Staatsdienste zu entlassen.

Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Wilhelm von Baden haben unter'm 2. d. M. den Kontrolleur Melling bei Höchstlicher Domänenkanzlei dahier zum Kassier beim Rentamte Salem ernannt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Deutschland.

Karlsruhe, 3. Mai. Seine königliche Hoheit der Erbprinzessin hat sich gestern Nachmittag mit Zug 12 Uhr 25 Minuten in Begleitung des Premierlieutenants Rau nach Ludwigsburg begeben, um der feierlichen Beisetzungsfeier der Leiche weiland Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm von Württemberg anzuwohnen. Höchstder selbe ist Nachts 45 Minuten nach 10 Uhr wieder in Karlsruhe eingetroffen.

Karlsruhe, 3. Mai. Seine königliche Hoheit der Erbprinzessin haben am heutigen Audienztag u. A. die nachbenannten Herren von Militär- und Civilstande empfangen: den Major a. D. Busser; den Hauptmann a. D. Merz; den Hauptmann v. d. Boeck; Kompaniechef im 1. Bad. Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109; den Rittmeister v. Liebermann, Adjutant beim Generalkommando des 14. Armeecorps; den Rittmeister v. Hennigs, Adjutant bei der 28. Division; den Hauptmann Freiherrn v. Stengel, aggregirt dem 3. Bad. Infanterie-Regiment Nr. 111; den Rittmeister v. Müllern à la suite des 3. Bad. Dragoner-Regiments Prinz Karl Nr. 22, Adjutant bei der 29. Kavallerie-Brigade; den Hauptmann Frhrn. Raig v. Freytag, Batteriechef im 1. Bad. Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14; den Hauptmann Eckert, Kompaniechef im 3. Bad. Infanterie-Regiment Nr. 111; den Rittmeister Todt, Kompaniechef im Bad. Train-Bataillon Nr. 14; den Premierlieutenant Frhrn. Röder v. Diersburg vom 1. Bad. Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14; den Premierlieutenant Detring vom Bad. Train-Bataillon Nr. 14; die Secondelieutenants v. d. Esch vom 1. Bad. Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109 und Dühmig vom 3. Bad. Infanterie-Regiment Nr. 111; die Secondelieutenants der Reserve Götz vom 2. Bad. Dragoner-Regiment Markgraf Maximilian Nr. 21, Knecht vom Bad. Train-Bataillon Nr. 14 und Müller vom 3. Bad. Infanterie-Regiment Nr. 111.

Ferner: den Bezirks-Bahningenieur Forscher von Waldshut; den Amtsrichter Mayer von Pfullendorf; den Rathschreiber Siegrist von Durlach; den Amtmann Dr. Groos von Bruchsal; eine Deputation der Stadt Lauberbachshaus; eine Deputation, bestehend aus den Bürgermeistern der Gemeinden des ehemaligen Amtsgerichts-Bezirks Philippsburg; den Geheimrath Roman, den Baurath Seyb, den Obergeometer Mayer, den Dr. Marc Rosenberg und den Hoflieferanten Stütz, sämmtlich von hier.
Die Audienz währte bis gegen 4 Uhr Nachmittags.

Berlin, 2. Mai. Abgeordnetenhause.

In der Fortsetzung der Beratung über das Verwendungsgesetz spricht sich Rauchhaupt (konservativ) gegen dasselbe aus, dessen Bestimmungen die Anhänger der Wirtschaftspolitik des Reichstanzlers zu seinen Gegnern mache. Er befürchte sich als Anhänger des Tabakmonopols. Daß man dieses bei den Wahlen in Verbindung mit dem Patrimonium der Enterbten gebracht habe, habe der Politik des Reichstanzlers am meisten geschadet. Er beantragt Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Rickert begrüßt die Rede Rauchhaupt's mit Freuden. Die liberalen Abgeordneten sollten bei den Wahlen diese Rede Rauchhaupt's überal lesen. Man verleihe die Würde des Parlaments dadurch, daß wir jetzt am Schlusse der Session diese wichtige Vorlage noch erledigen sollen. Solche Behandlung dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Wenn man so rücksichtslos gegen die Volksvertretung vorgeht, dann kann man nicht mehr in parla-

mentarischen Formen verhandeln. Woher will denn die Regierung Geld für ihre Steuerreform hernehmen? Von diesem Reichstag bekommen Sie unter keinen Umständen das Tabakmonopol. Rickert beantragt Plenarberatung. Die Sitzung dauert fort.

Das Herrenhaus nahm soeben die Kirchenvorlage un verändert nach den Anträgen der Kommission mit 89 gegen 31 Stimmen an.

Berlin, 2. Mai. Die „Schlesische Zeitung“ beschäftigt sich mit dem augenblicklichen Stand der öffentlichen Meinung in Deutschland, wobei sie drei von einander wesentlich verschiedene Strömungen erkennen will:

„eine realistische, welche klar vorgezeichnete Ziele bestimmter Interessengruppen ins Auge faßt, eine rein pessimistische, welche nur negative Tendenzen verfolgt, und neben beiden die ultramontane, welche sich mit beiden Strömungen, vor Allem der realistischen, eng berührt, beide zuweilen mit sich fortreißt, dabei aber ihre besonderen Ziele konsequent verfolgt“. Die gemäßigten Liberalen, „welche ehemals gemeinsam mit den gemäßigten Elementen im konservativen Lager jene stolzen Majoritäten bildeten, denen unsere nationale Entwicklung so große Erfolge verdankt“, sitzen im Schmolwinke. „Niemand unter ihnen kann sich der Erkenntnis entziehen, daß der manchesterliche Liberalismus eine ungeheure Niederlage erlitten hat. Und soweit diese Niederlage, welche ihm Wissenschaft, Erfahrung und Volksbewußtsein bereitet haben, seine Vertreter im Parlament und Presse mittrifft, ist dieselbe keine unverschuldet. Nicht in den Maßregeln, die man ursprünglich machte, liegt das Verschulden, sondern darin, daß man sich starrsinnig weigerte, den realen Bedürfnissen gerecht zu werden, als es sich zeigte, daß man in der legislativischen Verwirklichung an sich richtiger abstrakter Prinzipien zu weit gegangen war. Die Ereignisse sind über die liberalen Parteien hinweggeschritten, was seitdem geschehen ist, das ist ohne und gegen sie geschehen. Die meist überhöchlich gefeierten Parteihäupter, die Focke, die Koser, die Rickert, die Damberger und wie sie alle heißen, haben jeglichen Einfluß auf unsere politische Entwicklung verloren, und in dem gesammten liberalen Parteilager ist man einem Pessimismus verfallen, welcher sich nur noch zu einer impotenten Negation aufzuraffen vermag. Diejenigen Parteigruppen, denen die Opposition Selbstzweck ist, die stets darauf ausgehen, dem Volke die Freude am Vaterlande zu verderben, der Fortschritt und sein Anhang zur Rechten und zur Linken, feiern bei dieser pessimistischen Stimmung die allzugenüßigen Erfolge, die Mittelparteien aber verlieren mit jedem Tage mehr an numerischer Stärke wie an Ansehen und Einfluß. Gegen diesen Pessimismus muß das Land reagieren, wenn es seine Geschichte nicht in die Hand der Ultramontanen und der Ultrakonservativen legen will. Sobald die Mittelparteien wieder erstarren, werden auch im konservativen Parteilager die gemäßigteren Elemente, welche sich stets bereit gezeigt haben, mit den besonnenen Liberalen Hand in Hand zu geben, die Führung behalten, andernfalls aber wird der äußerste rechte Flügel, welcher die Allianz mit dem Zentrum jeder anderen vorzieht, die Oberhand gewinnen und auf unsere gesammtpolitische Entwicklung bestimmend einwirken.“

Gegen die jüngst auch an dieser Stelle angeführte Aeußerung Heinrich v. Treitschke, daß die Möglichkeit bestehe, es müsse sich „Alles, was noch christlich ist“, unter einem Banner zusammenscharen, erhebt Dr. Hans Delbrück in der „Politischen Wochenschrift“ entschiedene Opposition. Wir theilen, seine Worte hier mit, weil sie für die in einflussreichen Kreisen Norddeutschlands herrschende Anschauung bezeichnend sind; nachdem er die Regierung gegen die wider deren Haltung in der Kirchenfrage erhobenen Vorwürfe vertheidigt hat, fährt er fort:

„Etwas ganz anders aber als eine Nachgiebigkeit der Regierung, die vielleicht nur einen Waffenwechsel verbirgt, ist die Erklärung eines Mannes, wie Treitschke, der eine innere Bundesgenossenschaft, wenn auch noch nicht verflüchtigt, doch mäßig erscheinen läßt, und zwar wegen angeblichen Ueberhandnehmens der prinzipiell kircheneindlichen Elemente. Man kann die Lage der Dinge nicht gröblicher verkennen. Alle Welt und die kirchlichen Organe selbst stimmen darin überein, daß der kirchliche Sinn seit lange im Zunehmen begriffen ist. Das wäre gewiß eine sehr erfreuliche Erscheinung, wenn kirchlichkeit immer gleichbedeutend wäre mit Religiosität. Die Weltgeschichte lehrt, wie oft das Gegenteil davon der Fall ist. Die Noth der Gegenwart ist nicht kirchlichkeit gegen die Kirche, sondern die Herrschaft eines Kirchenthums, das durch die Engherzigkeit seiner Formen wahrhafte Religiosität, an der es unserer Zeit keineswegs mangelt, von sich ausschließt. Hier gilt es zu bauen; den Klerikalismus aber in beiden Konfessionen, hier Ultramontanismus, dort Orthodoxie genannt, gilt es zu bekämpfen. Ein Drittel der Bevölkerung Deutschlands ist katholisch und in seiner ungeheuren Mehrheit ultramontan; nur ein starkes Sechstel brauchen von der übrigen Bevölkerung die protestantischen Orthodoxen, die bereit sind, sich mit jenen zu allüren, dazu zu stellen, so haben sie die Majorität. Es kann schon heute keiner Frage mehr unterliegen, daß die Liberalen (im Sinne von Anti-Klerikalen) in Deutschland die Minorität bilden. Und in solcher Lage führen die Liberalen einen Kampf auf Tod und Leben mit der Regierung über den Modus der Tabakbesteuerung, und Heinrich v. Treitschke glaubt Hilfe suchen zu müssen beim Katholizismus!“

Augsburg, 2. Mai. Die „Augsb. Allg. Ztg.“ sagt, die bayerische Regierung habe gegen die Anschauung, daß das Monopol an und für sich eine zweckmäßige Form der Tabakbesteuerung sei, keine Einwendung erhoben. Ihre ablehnende Haltung basire auf Bedenken hinsichtlich der mit Durchführung des Monopols verbundenen volkswirtschaftlichen Rückwirkungen und auf Bedenken darüber, ob die Monopolverträge genügend seien, jene Nachteile auszugleichen.

Passau, 2. Mai. Das Reichstags-Mitglied A b t ist gestorben.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 2. Mai. (Fft. Ztg.) Graf Wolfenstein bleibt einige Tage in Berlin, doch wird bestritten, daß er daselbst eine politische Mission habe. — Der Fürst von Bulgarien wird dem Kaiser von Rußland erklären, daß ihm durch den Generalkonsul Sitrovo, der sich neuerdings mit den bulgarischen Rabitalen liirt hat, das Regieren fast zur Unmöglichkeit gemacht wird und er daher seinen kaiserlichen Vetter dringend bitte, Sitrovo durch eine geeignete Persönlichkeit zu ersetzen.

Prag, 2. Mai. Im Teplitz-Aussiger Revier wird morgen die Arbeitsaufnahme in größerem Umfange erwartet. Vergleute in größerer Anzahl melden sich freiwillig zur Arbeit. Die Nachricht, daß auf das Militär geschossen wurde, ist falsch. Einem Dragonerkorporal ging zufällig ein Schuß aus dem Revolver los, ohne Jemanden zu beschädigen. Drei Weiber und drei Männer, welche bei dem Melfouschacht auf die Truppen Steine warfen und schimpften, sind verhaftet und dem Gerichte übergeben. Sonst ist die Ruhe nirgends gestört.

Prag, 3. Mai. (Tel.) In Brüx ist Alles ruhig; z. B. Werke arbeiten mit voller, zwei mit reduzierter Arbeitskraft. Die Erlangerischen Werke in Tschausch nahmen die Arbeit noch nicht auf. Die Beendigung des Streiks wird spätestens in drei Tagen erwartet. Die Aussig-Teplitzer Bahn konnte gestern bereits 215 Waggons verfrachten, seitdem mehrere Werke des Teplitzer Reviers wieder mit voller Belegschaft arbeiten. Ein drohender Strike der Müngberger'schen Spinnfabrik wurde durch Bewilligung einer Arbeitsverminderung beigelegt, mehrere Rädelstürzer sind verhaftet; mehrere Arbeiter wurden wegen Mangels an Beschäftigung abgehoben.

Pesth, 2. Mai. Dem „Pesther Lloyd“ zufolge bestände die Absicht, in den herzegowinischen Bezirken entlang der montenegrinischen Grenze die politisch administrative Geschäftsführung fernerhin militärischen Stationskommandanten zu belassen. Eine auf etwa drei Jahrdauer bemessene Ausnahmemaßnahme soll den Uebergang von den unsicheren Verhältnissen zur bürgerlichen Verwaltung vorbereiten.

Italien.

Rom, 2. Mai. (Fft. Ztg.) Der römische Gemeinderath's-Sindaco Bianciani, in seinem Konflikt mit der Giunta, erhielt wegen Veröffentlichung seiner Broschüre ein Tadelvotum, worauf er dimittirte. Eine von Arbeitern während dieser Sitzung versuchte Demonstration zu Gunsten Bianciani's wurde durch Sperrung des Kapitols mittelst Polizei und Militär verhindert. — Gestern wurde die Generaldebatte über die Militärreorganisation geschlossen.

Frankreich.

Paris, 2. Mai. Die Wahl der Maires in den Hauptorten der Kantons und Arrondissements, welche bisher die Regierung ernannte, fanden Sonntag statt. Die Republikaner verloren gegen 300 Mairien. — Die Kammer nahm die Arbeiten wieder auf. Say brachte eine Finanzkonvention mit der Orleansbahn-Gesellschaft betreffend Rückzahlung der Staatsvorschüsse ein. Der Justizminister legte einen Gesetzentwurf vor betreffend das Verbot unfittlicher Publikationen. — Nachrichten aus Rom zufolge sanktionirte der König die Ernennung Nigra's zum Votschafter in Paris.

Nachrichten aus Tripolis konstatiren die Verminderung des Effectivbestandes der türkischen Truppen in Folge Zurückziehung derselben. Die Unterwerfung der südtunesischen Stämme dauert fort.

Spanien.

Madrid, 2. Mai. Castelar erklärte, er bewahre die republikanische Meinung, er halte aber eine wohlwollende Stellung gegenüber dem liberalen Kabinet, wie es das Kabinet Sagasta sei, für nothwendig und werde dasselbe wegen des Handelsvertrages nicht bekämpfen.

Großbritannien.

London, 2. Mai. Oberhaus. Granville theilte auf eine Anfrage Salisbury's mit, Forster habe seine Entlassung genommen. Er fügte hinzu, daß eine Aenderung der Politik in Irland nicht eintrete; doch solle ein Zwangs-gesetz in der gegenwärtigen Form nicht erneuert werden. Die verhafteten Deputirten würden freigelassen, die Freilassung der übrigen Verdächtigen in Erwägung gezogen werden.

Unterhaus. Gladstone erklärte, es seien Instruktionen nach Irland gesandt worden, Faruell, Dillon und O'Kelly frei zu lassen. Die Listen der noch in Irland verhafteten Personen würden sorgfältig geprüft werden behufs Freilassung Aller, welche sich nicht an Verbrechen beteiligten. Forster demissionirte, weil er die Verantwortung für die Maßregel nicht übernehmen wollte. Die Regierung beabsichtige nicht die Erneuerung des Zwangs-

gesetztes, sondern Maßregeln zum Schutze des Lebens und Eigentums in Irland.

London, 2. Mai. (Tel.) Unterhaus. Northcote bezeichnet die Freilassung der Verdächtigen als einen schweren Fehler, die Politik der Regierung sei ganz schwankend und vermindere das Ansehen der Regierung. Gladstone erwidert, die Regierung glaube, die Freilassung der Verdächtigen werde zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Irland beitragen.

London, 2. Mai. Das Unterhaus nahm schließlich die Beratung der Cloturebill nach langer Debatte wieder auf. Ein Amendement O'Donnell's, welches anstatt des Sprechers dem Minister die Initiative zum Antrag auf Schluß überlassen will, wurde mit 220 gegen 164 Stimmen abgelehnt.

London, 2. Mai. Das „Bureau Reuter“ meldet aus Hongkong: Die Franzosen besetzten Hanoi nach zweifelhaftem Bombardement. Der Verlust der Anamiten soll unbedeutend sein.

London, 2. Mai. (Frff. Ztg.) Forster's Demission als irischer Staatssekretär ist wahrscheinlich. Die Gerüchte von der Demission des Lord-Kanzlers und Lord Kimberleys sind unbegründet.

London, 3. Mai. (Tel.) Als mutmaßlicher Nachfolger Forsters werden Shaw Lefevre oder Chamberlain bezeichnet; in letzterem Falle würde Dilke das Präsidium des Handelsamtes mit Sitz im Kabinett übernehmen. Die Oppositionspresse tabelt auf's heftigste die Freilassung Bannell's; die „Times“ bezweifelt, ob diese Maßregel die Ruhe in Irland herstellen werde.

Dublin, 2. Mai. Aus dem Gefängnis Naas sind fünf, aus dem Gefängnis Limerick vier Verdächtige heute entlassen worden.

Dublin, 3. Mai. (Tel.) Die Parlamentsmitglieder Bannell, Dillon, O'Kelly wurden gestern Abend um 11 Uhr aus dem Gefängnis zu Kilmainham entlassen.

Rußland.

St. Petersburg, 2. Mai. Das „Journal de St. Petersburg“ sagt, das Projekt Barrère sei dem Ministerium des Auswärtigen am letzten Samstag übergeben worden. Der Minister habe Kenntnis davon genommen. Die Pariser Meldung von der bereits erfolgten Zustimmung der russischen Regierung ist somit jedenfalls verfrüht.

Die Blätter bringen den Urtheilspruch in dem seit 6 Wochen dauernden Intendanturprozeß Mafschew und Konf. Darnach sind der Wirkliche Staatsrath Mafschew, Priorow, Scharafow und Karassjewitsch zum Verlust des Adels, des Ranges, der Orden und aller besonderen Rechte, sowie zur Verbannung nach Tomsk, Archangel und Perm verurtheilt. Andere Angeklagte sind mit kleineren Strafen belegt. Der der Krone verursachte Schaden muß von Mafschew und Priorow ersetzt werden. Freigesprochen wurden die Obristen Nawrozk, Tscheglow, Hofrath Spitzbarth und der Kollegiensekretär Atimow wider die Kaufleute Wolstein, Kiminka, Warfchamski und Chotimski. Das Urtheil betreffend Mafschew, Priorow, Scharafow und Karassjewitsch wird durch den Kriegsminister dem Kaiser unterbreitet werden.

St. Petersburg, 2. Mai. (Frff. Ztg.) Der „Golos“, den offiziellen Regierungsbericht über die Unruhen gegen die Juden besprechend, sagt, der Bericht demontire weder die Nachrichten anderer Blätter aus Balta noch bestätige sie derselbe. Er begnüge sich, von der Aufgabe der Presse zu reden und zu behaupten, die Juden seien Schuld an dem Streite. Die Zeitungen kämen dadurch in die schwierigste Lage. Man gebe denselben zu verstehen, sie verbreiteten unbegründete und ungeprüfte Nachrichten, ohne daß gesagt werde, worin die Unrichtigkeit bestehe.

Rumänien.

Bukarest, 2. Mai. Die gestrige Versammlung der Senatoren und Deputirten faßte in der Donau-Frage

keinerlei Beschluß. Heute fand abermals Berathung statt. Der „Romanul“, den Vorschlag Barrères besprechend, sagt: Wir können nicht umhin, unsern Schmerz Ausdruck zu geben, daß es diesmal die Regierung Frankreichs ist, welche uns diesen bitteren Keld reicht.

Bukarest, 3. Mai. (Tel.) Die Berathungen zwischen Regierung, Senat und Kammer über den Vorschlag Barrère führten zwar zu keinem definitiven Resultat, stellten aber fest, daß weder die Regierung noch die Majorität der Landesvertretung es für zweckmäßig erachten, den französischen Vorschlag ganz abzulehnen; man hofft, auf der Basis desselben zu einer Verständigung zu gelangen, wenn diejenigen Artikel des Projektes modifizirt werden, welche, wie das Funktioniren auswärtiger Beamten auf rumänischem Gebiete, die souveränen Rechte des Landes beeinträchtigen.

Ägypten.

Kairo, 2. Mai. Es heißt, der Khedive werde das gemeldete Urtheil des Kriegsgerichts bestätigen, ausgenommen den Ismail betreffenden Theil.

Kairo, 2. Mai. „Agence Havas“ meldet ausführlich: Das Kriegsgericht verurtheilt zu Degradation und Verbannung nach Sudan 40 Offiziere, darunter die ehemaligen Minister Osman und Kessi, Oberst Young und Kattif. Letzterer ist gegenwärtig in Neapel. Er organisierte das Komplot, dessen Anstifter der Khedive Ismail ist. Im Urtheil ist ausgesprochen, daß, da Ismail das ihm von Ägypten gewährte Geld für ein Komplot verwendet habe, so werde man dem Khedive die Streichung der Civilliste für Ismail anempfehlen. Die Regierung traf Maßregeln, alle Beziehungen Ismail's zu Ägypten zu verhindern.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 2. Mai, Vormittags 9 Uhr. 21. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer unter dem Vorsitze des Landgerichts-Präsidenten Wendiger.

Am Regierungstische: Ministerialpräsident Geh. Rath Ellstätter, Ministerialräthe Glockner und Zittel.

Entschuldigt sind Prälat Doll und Graf v. Helmstatt. Zur Petition wegen Erweiterung des Progymnasiums Tauberbischofsheim in ein Gymnasium ist ein Nachtrag eingekommen.

Die Tagesordnung führt zur Beratung des Gesetzesentwurfs die Weinsteuern betreffend.

Berichterstatter Dissené hebt aus dem gedruckten Berichte nochmals die Punkte hervor, in welchen die Kommission mit den Beschlüssen des andern Hauses nicht ganz einverstanden war (§§ 9, 14a, 17, 26), ohne jedoch ihren Bedenken ein erhebliches Gewicht beizumessen, so daß sie gleichwohl zu dem Antrage gelangte, dem Gesetzesentwurf mit den Abänderungen der Hohen Zweiten Kammer die Zustimmung zu erteilen.

Frhr. v. Bodman gibt seiner Befriedigung über den Gesetzesentwurf Ausdruck, da derselbe vielfache Erleichterungen bringe, insbesondere auch eine Milderung der Strafbestimmungen enthalte. Als eine Enttäuschung werde es jedoch in den Weinbauregenden empfunden werden, daß ein Vorgehen gegen die Weinveredler nicht ermöglicht werden konnte. Es bleibe nur die Aussicht einer stärkeren Heranziehung derselben bei der direkten Besteuerung. Ein strenges Einschreiten gegen diese Leute werde bei den Weinbauern dankbare Anerkennung finden.

Nachdem der Großh. Regierungskommissar Ministerialrath Glockner über die von dem Berichterstatter erwähnten Punkte näheren Aufschluß gegeben und behufs stärkerer Heranziehung der Kunstwein-Fabrikanten zur Erwerbsteuer erforderlichenfalls die Erlassung von Anordnungen zugesichert hatte, wurde die allgemeine Diskussion geschlossen und, da sich zur Spezialdiskussion kein Redner meldete, sofort zur Abstimmung geschritten, welche die einstimmige Annahme des Kommissionsantrages ergab.

Es folgt die Erstattung und Berathung von Petitionsberichten, und zwar:

Vermischte Nachrichten.

Mühlhausen, 1. Mai. Arbeiterstreike sind hier im Elsaß eine Seltenheit, wenn sie aber ausbrechen, so behalten die Arbeiter ein ungewöhnlich großes Maß von Ruhe und die Fälle, wo sie sich zu Ergüssen hinreißen lassen, stehen ganz vereinzelt da. Jüngst sind nun in verschiedenen Etablissements des Hauses Herzog von Fogelbach Streite ausgebrochen; zuerst vor etwa 14 Tagen in Arbeit in den Vogesen, wo die Leute behaupteten, ein ihnen verdrosener Lohnaufschlag sei nicht erfolgt. Dem Chef des Hauses, Herrn Herzog, gab Niemand die Schuld, wohl aber lenkte sich die Rachsucht der Leute gegen den in Kolmar wohnhaften Fabrikdirektor Herrn R., dessen Equipage man anhielt und den man wirklich persönlich bedrohte. Als dann der Direktor der betreffenden Fabrik sich ins Mittel legte, gingen die Leute wieder an die Arbeit. Vor einigen Tagen nun brach in einem andern Etablissement des Herrn Herzog, in der bei Kolmar gelegenen Bagatelle gleichfalls ein Streik aus, die Leute, 400-500 an der Zahl, spazierten ruhig durch die Straßen von Kolmar, versuchten in mehreren andern Etablissements einzudringen, wahrscheinlich um ebenfalls zur Arbeitseinstellung aufzufordern, gingen aber, als sie geschlossene Thore vorfanden, ruhig auf das Markfeld, wo sie berathschlugen. Der Fabrikdirektor Herr R. machte ihnen Vorschläge, auf die sie aber nicht eingingen. Wir haben uns, sagten sie, Lohnermäßigungen ruhig gefallen lassen, weil wir wußten, daß die Geschäfte während einiger Jahre schlecht gingen, jetzt aber, wo so viel verdient wird, wollen wir auch unsern Antheil haben und verlangen, daß man uns die früheren Löhne wieder auszahle. — Nachdem nun jetzt Herr Herzog, der in Paris war, von dort zurückgekehrt ist und selbst mit den Leuten geredet und ihnen Versprechungen gemacht hat, sind dieselben seit dem 28. v. M. wieder an die Arbeit gegangen.

Wien, 2. Mai. (Ringtheater-Prozeß.) Heute wurden jene Beugen vernommen, welche gerettet, aber sehr verletzt wurden und deshalb privatrechtliche Ansprüche an Jene stellen, welche das Unglück verschuldet haben. Die Vernehmungen gestalteten sich zum Theile sehr bewegt. Tiefen Eindruck brachte das Erscheinen der Juggin Marie Wessely hervor; es ist das eine Arbeiterin, die seit dem Unglückstage epileptisch ist und heute

a. über die Bitte wegen Erbauung einer Eisenbahn von Miltenberg nach Sedach bezw. Osterburken.

Der von dem Grafen v. Berlichingen erstattete Kommissionsbericht betont zunächst, daß infolge der geänderten Verhältnisse — Erbauung der Linien Wertheim-Vohr und Eberbach-Erbach — die Herstellung einer durchgehenden Bahn von Osterburken über Buchen nach Miltenberg überflüssig geworden sei, und fährt dann fort:

Ihre Kommission ist der Ansicht, daß auch jener Theil des Odenwaldes Anspruch hat auf Erfüllung gerechter Forderungen, gleich anderen, weit gesegneteren Landestheilen, und daß Mittel und Wege erforschen werden müssen, wie man diesem Wunsche nachkommen kann, ohne die Gegend selbst und das ganze Land allzusehr zu belasten.

Nachdem zufolge einer neu aufgestellten Berechnung der Bau einer Sekundärbahn mit Normalspur von Osterburken bezw. Sedach über Bödingheim nach Buchen und Wallbüren einschließlich des Geländes — dieses zu 200,000 M. veranschlagt — auf nur 2 Millionen Mark zu stehen kommen soll, so dürfte es sich wohl empfehlen, die Frage nochmals nach allen Seiten zu prüfen, ob und inwieweit es möglich sein wird, nach dem neu aufgestellten Prinzip, wonach zum Bau von Bahnen, welche hauptsächlich Lokalzwecken dienen, die besonders interessirten Gegenden einen Beitrag zu leisten haben, den Petenten gerecht zu werden unter Berücksichtigung der Verhältnisse dieser nicht sehr leistungsfähigen Gegend.

Ihre Kommission möchte wünschen, daß die Hauptinteressenten dieser Bahn alsbald zusammentreten, sich beraten, welche Beiträge sie geben können und wollen, und mit bestimmtem formulirten Anträgen sich dann an die Großh. Regierung wenden, um eine Vereinbarung herbeizuführen, durch welche ihr Wünsche realisiert werden können, und wir glauben die Erwartung ausprechen zu dürfen, daß sich auch die Petenten aus jenem entlegeneren Landestheile gewiß der wohlwollendsten Aufnahme seitens Großh. Regierung zu erfreuen haben werden.

Dadurch, daß auch in dem Eisenbahnbau-Budget 1882/83 200,000 M. der Großh. Regierung für die Sedach-Miltenberger Bahn zur Verfügung gestellt wurden, haben die gesetzgebenden Faktoren ihr Interesse für den Bau dieser Bahn betätigt.

Wenn nun einmal bis Wallbüren gebaut ist, so ist dem dringenden Bedürfnis jenes Landestheils abgeholfen, denn der ganze Verkehr zieht sich gegen Buchen und unsere Odenwald-Bahn hin und nicht gegen Amorbach. Sollten nun weitere Unterhandlungen von Seite Großh. Regierung mit Bayern das Resultat ergeben, daß von Seite Badens, ohne Schädigung seiner anderweitigen Interessen nach Amorbach bez. Landesgrenze gebaut werden könnte, womit die ganze Linie hergestellt wäre, so dürfte dies im Allgemeinen gewiß erwünscht sein, denn eine Sackbahn nach Wallbüren und bayrischer Seite eine solche nach Amorbach wird, was direkte Rentabilität anbelangt, ohne Zweifel Manches zu wünschen übrig lassen.

Von Seite Großh. Regierung wurde Ihrer Kommission die Mittheilung gemacht, daß der Bau einer Bahn von Sedach über Bödingheim nach Buchen und die allermindesten Terrainschwierigkeiten begegnet und daher ungewöhnlich billig hergestellt werden kann, weshalb sich diese Linie als empfehlenswert bezeichnet.

Anders verhält es sich mit der Linie von Osterburken über Eberstadt-Göttingen nach Buchen. Diese Linie würde um 6 Kilometer länger sein — die Baukosten per Kilometer sind auf 100,000 M. veranschlagt, und würde mithin 600,000 M. theurer zu stehen kommen, als die Linie Sedach-Buchen, und da die Distanzen zwischen Osterburken-Eberstadt-Buchen nicht bedeutend genug erscheinen, damit durch sie der Bahn eine so vermehrte Frequenz erwachse, durch welche sich der Mehrkostenbetrag von 600,000 M. rechtfertigen ließe, so glaubt Ihre Kommission, diese Linie nicht empfehlen zu dürfen.

Ihre Kommission stellt den Antrag:

- 1) die Petition des Gemeinderathes von Buchen und Wallbüren Großh. Regierung zur Kenntnissnahme zu überweisen;
- 2) über die Petition der Orte Rinsheim, Eberstadt, Göttingen u. s. w. zur Tagesordnung überzugeben.

Frhr. v. Rüd.: Die Erbauung einer Durchgangsbahn sei selbstredend zur Unmöglichkeit geworden, aber auch die Ausführung der projektirten Sekundärbahn, wobei dem Redner die Linie Miltenberg-Sedach als die empfehlenswertere erscheint, werde noch lange auf sich warten lassen, da der Staat schon durch die Höllethal-Bahn mit dauernden Opfern belastet werde. Wenn aber einmal jene Linie zur Ausführung komme, möge man we-

wieder kurz vor ihrer Vernehmung einen Anfall gehabt hat. Die Juggin hatte einen Sitz im 4. Stock gebaut und war von dort in das Stiegenhaus hinabgestürzt. Sie stellt Ersatzansprüche in der Höhe von 26 Gulden für ihr Sonntagskleid und ihre verlorenen Ohrringe; die Gesuntheit, die sie eingebüßt, könne ihr obenein Niemand ersetzen. Da sich Marie Wessely in den ärmlichsten Verhältnissen befindet, so fragt sie der Präsident, ob sie vom Hilfskomite nichts empfangen habe. „Zehn Gulden“, war die Antwort. (Bewegung!) Der Präsident gibt seiner Verwunderung über diese niedere Summe in scharfen Worten Ausdruck. Von Seiten des Hilfskomite's ist bereits eine Stunde später jedoch eine Erklärung des Inhalts eingelangt, daß trotz polizeilicher Recherchen die Adresse der Juggin nicht gefunden werden konnte, während sie selbst im Hilfskomite nicht erschien. Der Zeuge Dr. Ferdinand Kemminger ist schon unter den Todten gelegen, ein Wasserstrahl gab ihn den Lebenden zurück. Die Provenienz dieses Wasserstrahles ist vollständig unaufgeklärt. Der Zeuge hat bis zum 15. Februar im Bette gelegen und in Folge der Brandwunden das linke Ohr eingebüßt, für welches er einen Ersatzanspruch von 1000 fl. in solidum an Diejenigen stellt, die verurtheilt werden. Heute Nachmittag erfolgt die Einvernahme der Gerichtsbüro.

In der Nachmittags-Sitzung wird eine Zuschrift des Hilfskomite's verlesen. Derselbe sagt, Frln. Wessely sei wahrscheinlich eine Simulantin, sie sei nicht im Ringtheater gewesen, da erwiesen sei, daß ihre angebliche Begeleiterin gar nicht existirt. Die Wessely wollte auch ihren Wohnort nicht angeben. Prä.: Der Gerichtshof werde erwägen, ob rückichtlich der Sequesterung der Wessely ihren Aussagen Bedeutung beizumessen sei. Großes Aufsehen rief hierauf folgende Aussage des Hauptmanns Fiechi hervor: Ich habe Wachleute beschworen, daß Leute noch oben seien. Ich wurde barfuß abgewiesen. — Der Präsident verliest eine Zuschrift des Theaterdieners Schiffres: Er habe am 6. Dezember nach der Generalprobe gehört, daß Janner zu Kötel sagte: „Ich habe mich genug geplagt, von morgen führen Sie die Regie.“ Schiffres ist nochmals vorgeladen. Der beschädigte Goldrein erscheint nicht, da er irrsinnig geworden ist.

* * * Badische Museographie.

In der unter vorstehendem Titel in unserm gestrigen Blatte erschienenen Besprechung sind durch ein Versehen des Setzers einige Zeilen weggelassen; wir geben deshalb den Schluß des Artikels nochmals wieder:

Auf Karlsruhe folgt Heidelberg mit zwei Sammlungen: die Kunst- und Alterthümersammlung zur Geschichte Heidebergs und der Pfalz ist in dem prächtigen Friedrichsbau des Schlosses untergebracht. Da diese Sammlung fleißig besucht wird, kann um so kürzer hier darüber weggegangen werden, besonders seitdem in letzter Zeit die Schätze derselben durch einen von Hrn. Albert Mays gearbeiteten Katalog bekannt gemacht worden sind. Ähnlichen Charakters ist auch die Privatsammlung des Hrn. Mays, die aus Büchern, Bildern, Münzen und dergl. besteht. Warum sind übrigens die reichen, mit der Universität verbundenen Sammlungen an dieser Stelle mit keinem Worte erwähnt?

Ueber die Sammlung des Mannheimer Alterthumsvereins berichtet Prof. R. Baumann. Auch diese Sammlung wurde neuerdings neu aufgestellt und hat im letzten Jahre besonders durch Funde manche Bereicherungen erfahren.

Damit haben wir die ganze Reihe der badischen Museen an uns vorüberziehen lassen. Sollte übrigens in Wertheim nichts derartiges sich finden? Oder ist es nur der Redaktion genannter Zeitschrift unbekannt geblieben? Unwillkürlich drängt sich uns übrigens der Gedanke auf, daß man im badischen Oberlande mehr Sinn für solche Dinge und damit überhaupt für die Vergangenheit besitzt als im Unterlande. Die vielen kleinen Städtchen des nordöstlichen Badens sind gar nicht vertreten, und doch ist ihre Geschichte nicht weniger interessant, und bei ernstlichem Suchen würde man auch hier noch manches kostbare Stück deutscher Vergangenheit finden, das sonst rettungslos dem Untergang oder der Verkleinerung anheimfällt. Allen, welche sich für solche Dinge interessieren, sei die „Westdeutsche Zeitschrift“ empfohlen, da dieselbe alljährlich über neue Erwerbungen berichtet wird.

